

NIEDERSCHRIFT Nr.: 5/L

über die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

am 02.12.2015, um 16.00 Uhr

5. Sitzung in der 19. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 16.00 Uhr

Sitzungsende: 18.05 Uhr

Anwesend:

Vertreter des Senats

Herr Senator Martin Günthner

Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Frau Birgit Bergmann
Herr Paul Bödeker
Frau Sybille Böschen
Herr Jens Crueger
Herr Björn Fecker
Herr Jörg Kastendiek (Vorsitzender)
Herr Andreas Kottisch
Herr Dr. Volker Redder für Frau Lencke Steiner
Herr Klaus-Rainer Rupp
Herr Christian Schäfer
Herr Elias Tsartilidis
Frau Alexandra Werwath für Herrn Turhal Özdal

Von der Verwaltung

Herr Brunßen	Herr Krämer	Herr Staatsrat Siering
Herr Cordßen	Frau Niestädt	Herr Sengstake
Herr Drücker	Herr Peters	Herr Ullrich
Frau Geßner	Herr Poppinga	Herr Wiebe
Frau Grewe-Wacker	Frau Stellmacher	Herr Wilken
Herr Hermann	Frau Schmitz	Herr Wittgrefe
Frau Jansen		

Gäste

Herr Howe(bremenports)
Herr Rehberg (bremenports)
Herr Heyer (WFB)
Frau Geber (WFB)
Herr Rehling (Bremer Weser-Stadion GmbH)
Herr Zobel (Bremer Weser-Stadion GmbH)
Herr Albensoeder (SKJB)

Abg. Kastendiek eröffnet die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift Nr. 4/L über die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 04.11.2015

Beschluss:

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

An die Deputation als Sondervermögensausschuss

**TOP 2 Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt/Land);
Zwischenbericht zum 30.09.2015**

Vorlage Nr. 19/062-L/S

Auf Nachfrage des **Dep. Dr. Redder** erläutert Frau **Geißner** zu Seite 11 der Vorlage, bei den dort angesprochenen zwischenzeitlich fertig gestellten Anlagen handele es sich um die Einrichtungen und Anlagen für die Messehallen (Großküche, Beleuchtung und Photovoltaikanlage) im Teilsondervermögen Veranstaltungsflächen sowie um den Medientunnel im Sondervermögen Gewerbeflächen.

Beschluss:

Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Land) nimmt in ihrer Eigenschaft als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen (Land) den vorgelegten Zwischenbericht per 30.09.2015 zur Kenntnis.

**TOP 3 Sonstiges Sondervermögen Fischereihafen
Controllingbericht für den Zeitraum Januar - September 2015**

Vorlage Nr. 19/064-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen als Sondervermögensausschuss für das sonstige Sondervermögen Fischereihafen nimmt den Controllingbericht für den Berichtszeitraum Januar bis September 2015 zur Kenntnis.

An die Deputation

TOP 4 Produktgruppencontrolling

hier: Controllingbericht Januar - September 2015

Vorlage Nr. 19/065-L/S

Abg. Rupp verweist auf die EFRE-Übersicht, aus der sich eine Quote für die verausgabten Mittel von lediglich 62 % ergebe. Das erscheine relativ wenig; ihm stelle sich die Frage, ob und wann Bremen denn mit den ausstehenden EU-Mitteln rechnen könne. Erstaunlich sei, dass erst noch Strukturen aufgebaut werden müssten. **Abg. Kastendiek** schließt sich der Fragestellung an und ergänzt, es habe sich ein Verlustvortrag von rund 40 Mio. € in den Jahren 2013/14 aufgebaut, und zusätzlich mit den 17 Mio. € im Nachtragshaushalt veranschlagten Fehlbetrag für die EU-Mittel ergebe sich ein Risiko von rund 57 Mio. €.

Herr Wiebe erläutert, für die neue Förderperiode 2014-2020 müssten aufgrund neuer Kommissions-Vorgaben die bestehenden Strukturen der Verwaltungs- und Kontrollsysteme mindestens modifiziert oder gar aufwändig umgebaut werden. Dies erfolge in allen Bundesländern; zusätzlich habe sich die Genehmigung der Förderprogramme durch die Kommission um ein Jahr verzögert, was den Strukturaufbau außerdem verzögere. Die Förderperiode 2007-2013 sei vermeintlich abgeschlossen, doch laufe der Abwicklungszeitraum noch bis in das Jahr 2017; insofern dürfe die Auszahlungsquote von rund 70% als angemessen bezeichnet werden. Die Nachzahlung der ausstehenden EU-Einnahmen sei unsicher aufgrund der verschiedentlich schon dargestellten Problematiken, etwa hinsichtlich der Unabhängigkeit der Prüfbehörde. Zum jetzigen Zeitpunkt mit aktuellem Sachstand sei er aber optimistisch, dass die ausstehenden Mittel noch vereinnahmt werden könnten.

Abg. Kastendiek fragt, ob und welche Prüfinstanzen im Wirtschaftsressort verblieben bzw. das Ressort wechselten. Im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt stelle sich die Frage, ob nicht auch der Verlustvortrag aus den EU-Mitteln mit dem Nachtragshaushalt hätte abgeschlossen werden können, wenn denn die EU-Mittel als sicher zu vereinnahmen gälten.

Abg. Rupp fragt, ob der Nachtragshaushalt die Liquidität der EU-Förderprogramme absichere.

Herr Wiebe ergänzt zu den Verwaltungs- und Prüfstrukturen, diese müssten zu jeder Förderperiode neu aufgebaut bzw. angepasst werden. Dabei werde auf die Erfahrungen und Strukturen aus der alten Förderperiode zurückgegriffen; letztendlich müssten die Strukturen aber auch den Anforderungen der Kommission genügen und von ihr abgenommen werden. Dazu sei vom Senat beschlossen worden, die Prüfbehörden beim

Finanzressort zusammenzufassen und dort zukünftig auch die EFRE- und ESF-Programme neben den EMFF- und Interreg-Programmen prüfen zu lassen.

Die bestehenden Mindereinnahmen beeinflussten die Liquidität im Haushalt; insofern reagiere der Nachtragshaushalt darauf; dies könne man als Vorfinanzierung verstehen, wenn im Gegenzug im kommenden Haushalt in gleichem Umfang zusätzliche Einnahmen eingehen würden.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Informationen zum Produktgruppencontrolling für den Zeitraum Januar bis September 2015 zur Kenntnis.

TOP 5 Ausgleich von Personalmehrausgaben in den Produktplänen 71 und 81

Vorlage Nr. 19/070-L/S

Abg. Kottisch kündigt die Zustimmung zur Vorlage an, sofern versichert werde, dass die zur Finanzierung der Personalmehrausgaben herangezogenen Mittel für den Mittelweserausbau im Jahr 2015 nicht benötigt würden. **Dep. Dr. Redder** verbindet damit die Bitte um Erläuterung, ob am Mittelweserausbau überhaupt noch festgehalten werde.

Abg. Kastendiek schließt sich den Fragestellungen an und verweist darauf, dass der niedersächsische Wirtschaftsminister eine Einschränkung des Mittelweserausbaus in der Presse als unsinnig bezeichnet habe und an den bekannten Ausbaustandards festhalten wolle. **Abg. Rupp** hält das Finanzierungskonzept insgesamt für unverständlich und bittet um Erläuterung.

Herr Krämer unterstreicht, dass in Abstimmung mit dem Bund das Ausbauziel eines eingeschränkten Begegnungsverkehrs für die Mittelweser für das Großmotorgüterschiff bestehen bleibe. Das Bundesverkehrsministerium prüfe aber, ob die aktuell bestehende Planung für dieses Ziel noch in seiner ursprünglichen Form umgesetzt werden müsse bzw., ob nicht mit anderen Maßnahmen mehr erreicht werden könne. Als Ergebnis aktueller Analysen zeige sich, dass nicht aufwändige Uferrückverlegungen, sondern die Schleusenwartezeiten das beherrschende Thema für die uneingeschränkte Befahrbarkeit seien. Auch der Planfeststellungsbeschluss habe die uneingeschränkte Befahrbarkeit nicht zum Ziel gehabt. Ob und wie mit einer intelligenten Verkehrs- und Schleusensteuerung das Ziel erreicht werde, sei Gegenstand einer Probefahrt mit einem Großmotorgüterschiff durch das Bundesverkehrsministerium im nächsten Jahr. Dabei identifizierte Nadelöhre werde der Bund zügig bearbeiten. Inklusive der Unterhaltungsleistungen sehe der Bund in den kommenden Jahren Investitionen von rund 100 Mio. € in den Ausbau von Mittelweser und die Schleusensteuerung vor.

Der für den Mittelweserausbau veranschlagte Betrag im Haushalt werde dieses Jahr

nicht benötigt; nach Abschluss der Planungsarbeiten soll im nächsten Jahr eine Vereinbarung über die weiteren Finanzierungsmodalitäten zwischen Bund und Bremen geschlossen.

Abg. Bödeker äußert die Ansicht, dass die uneingeschränkte Befahrbarkeit bisher immer als Ausbauziel dargestellt worden sei. Eine entsprechende nachhaltige Ertüchtigung der Weser als dauerhaften Verkehrsweg müsse daher weiterhin das Ziel sein, wenn das Verkehrsmittel „Binnenschiff“ als gestärkt werden solle.

Senator Günthner beschreibt die Haltung Niedersachsens als abwartend, da es sich am Ausbau finanziell nicht beteilige. Maximalforderungen könnten jedenfalls weder vom Bund und noch weniger von Bremen finanziert werden. Sicher sei jedenfalls, dass der Bund und Bremen unverändert an einer nachhaltigen Lösung des Mittelweserausbaus arbeiten.

Beschluss:

Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Land) stimmt dem Ausgleich der Personalmehrausgaben in Höhe von insgesamt 843 T€ durch folgende Einsparungen zu:

288 T€ Euro aus der Haushaltsstelle 0709/888 55-2 „EU-Programme EFRE 2007- 2013 –investiv- und

555 T€ Euro aus der Haushaltsstelle 0801/881 10-6 „Zuweisungen an den Bund für Anpassungsmaßnahmen an der Mittelweser“.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktionen von CDU und FDP und der Gruppe ALFA.

TOP 6 Beteiligungsbericht über das 1. - 3. Quartal 2015

Vorlage Nr. 19/066-L/S

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Beteiligungsbericht über das 1. – 3. Quartal 2015 zur Kenntnis.

TOP 7 Controllingbericht der BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH über das 1. bis 3. Quartal 2015

Vorlage Nr. 19/068-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Controllingbericht der BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH über das 1. bis 3. Quartal 2015 zur Kenntnis.

TOP 8 Controllingbericht der Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH über das 1. bis 3. Quartal 2015

Vorlage Nr. 19/069-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Controllingbericht der Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH über das 1. bis 3. Quartal 2015 zur Kenntnis.

**TOP 9 EFRE-Programm Land Bremen 2007-2013
Förderung des Auf- und Ausbaus des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Bremerhaven (IWES)
Hier : Sachstandsbericht über den Erfolg der Förderungen des IWES und Finanzierung der Mehrkosten**

Vorlage Nr. 19/037-L

Abg. Kastendiek hinterfragt die Begründung der Mehrkosten aufgrund zuvor nicht identifizierter Leitungen im Baufeld. Erwarteterweise würden Planungsbüros mit dieser Aufgabe betraut; diese sollten einer solchen Aufgabe gewachsen sein.

Herr Albensoeder erläutert, dass die Gesamtplanung durch den Bund erfolge und Bremen keinen Zugriff auf die Planung habe. Bremen trete in diesem Zusammenhang nur als Finanzier auf.

Abg. Kottisch weist darauf hin, dass es keine belastbaren Leitungskataster gebe.

Abg. Bödeker sieht in den Vorgängen zunächst eine Schlechtleistung der Unternehmen und fragt, ob es Regressforderungen gebe bzw. in welcher Höhe diese realisiert werden könnten.

Abg. Fecker gibt zu bedenken, dass Bremen gerade als Finanzier ein besonderes Interesse an einer ordnungsgemäßen Abrechnung habe. Insofern sollte der Frage nachgegangen werden, ob und in welcher Höhe Rückflüsse zu erwarten seien.

Herr Peters hebt hervor, dass Bremen von der Finanzierungsquotierung profitiere; die 50:50-Aufteilung zwischen Bund und Bremen für Infrastrukturkosten gelte auch für die dargestellten Mehrkosten; insofern müsse man sich den vom Bund vorgegebenen Spielregeln beugen.

Abg. Kottisch und **Abg. Rupp** schließen sich dem Abg. Fecker an.

Dep. Dr. Redder bittet, die Finanzierungsquotierung zu erläutern, da die Mehrkosten zwischen Bund und Bremen nicht wie das Gesamtprojekt 90:10 sondern 50:50 geteilt würden. **Herr Albensoeder** erklärt, die 90:10 Regelung gelte für überregionale For-

schungsfinanzierung; Infrastrukturkosten würden 50:50 zwischen dem Bund und dem Sitzland geteilt und die Mehrkosten zählten zu den Infrastrukturkosten.

Abg. Kastendiek stellt Konsens in der Deputation fest, dass die Frage nach der Wahrung bremischer Interessen bei der Abrechnung zukünftiger ähnlicher Projekte beleuchtet werden solle.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Finanzierung der Mehrkosten mit einem Anteil in Höhe von 203.343,90 Euro aus der Haushaltsstelle 0706/89121-0 Infrastrukturmaßnahmen in Bremerhaven in 2015 zu.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der Vertreter der Fraktion der CDU.

TOP 10 EFRE-Programm 2014-2020

Finanzierung des Umbaus des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der "Deutschen See" für das Alfred-Wegener-Institut (AWI)

Vorlage Nr. 19/040-L

Abg. Kastendiek fragt, wie der Wert der Immobilie in die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung eingeflossen sei und wieso die vom Finanzressort sonst grundsätzlich abgelehnte Kreditfinanzierung genehmigt worden sei.

Herr Peters erläutert, die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung erfolge nach §7 LHO und sei vom Finanzressort anerkennend gewürdigt worden. Die in der Vorlage dargestellte Finanzierung sehe eine Darlehensaufnahme durch die FBG vor; die Refinanzierung erfolge durch die Mieteinnahmen.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der „Deutschen See“, Klußmannstraße 3d für einen Gesamtkostenansatz in Höhe von 2,772 Mio. € zu.

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt

1. der Darlehensaufnahme in Höhe von 1,81 Mio. € durch die Fischereihafen-Betriebsgesellschaft
2. sowie der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung (vorbehaltlich der Beschlüsse des HAFA) in Höhe von 957.800 € bei der Hst. 0706/891 21-8 „Infrastrukturmaßnahmen in Bremerhaven“ mit Abdeckung in 2016 in Höhe von 718.400 € und in 2017 in Höhe von 239.400 € aus Mitteln des EU-Programms EFRE 2014-2020

zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 11 City- und Stadtteilmarketing und -management in Bremen

Finanzierung 2016 und 2017 (teilweise EFRE-Programm 2014-2020)

Vorlage Nr. 19/071-L/S

Abg. Kottisch erläutert, dass sich die Koalitionsfraktionen geeinigt hätten, die ursprünglich versandte Fassung zu beraten; Im Beschlussvorschlag werde aber unter Ziffer 4 die Evaluation für Ende 2016 – statt 2017 – erwartet. Diese Fassung schaffe Planungssicherheit sowohl für die Stadtteilinitiativen wie auch für deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die nachversandte Neufassung werde zurückgezogen.

Abg. Kastendiek hält die in der Vorlage dargestellten Maßnahmen inhaltlich für zustimmungsfähig, denn sie stabilisierten komplexe, zum Teil problematische Strukturen etwa in Fragen der Nahversorgung. Für problematisch halte er die Wirksamkeits- und Erfolgsprüfung. Vor dem Hintergrund knapper Haushaltsmittel sei ein effizienter Mitteleinsatz mit großer Hebelwirkung anzustreben.

Abg. Fecker begrüßt die grundsätzliche Einigkeit in der Deputation über den inhaltlichen Nutzen der Maßnahmen. Der Schwerpunkt liege auf der Stärkung lokaler wirtschaftlicher Strukturen. In der Abwägung zwischen einer ein- oder zweijährigen Förderung sehe er die längere Förderperiode bei einer vorgezogenen Evaluation in dann 2016 als zielführender.

Dep. Dr. Redder moniert, er habe sich aufgrund des angekündigten Austausches nur auf die Neufassung vorbereitet; somit könne er sich trotz inhaltlicher Zustimmung nur enthalten.

Abg. Rupp begrüßt die Förderung der City- und Stadtteilinitiativen sowie die im Kern richtige Mittelaufteilung. Besonders erwähnenswert sei die soziale Komponente der Arbeit in den Stadtteilinitiativen. Eine Evaluierung halt er für möglich, wenn diese auf einzelne Kernthemen oder einzelne Initiativen konzentriert würde.

In Richtung des Dep. Dr. Redder erklärt **Abg. Kottisch**, die Unterschiede in den Vorlagenversionen betreffen lediglich den Beschlussvorschlag.

Insgesamt stehe die SPD-Fraktion hinter den Stadtteilinitiativen; er könne nur warnen, diese in ein falsches Licht zu rücken. Erfolgskontrollen für Marketinginstrumente gestalteten sich schwierig; insofern biete ein enger Kontakt bei der laufenden Arbeit einen Lösungsansatz.

Abg. Kastendiek weist der CDU-Fraktion zugesprochenen inhaltlichen Widerstand gegen die Initiativen zurück; er beziehe sich auf eine lange erhobene Forderung schon in den vergangenen Jahren bezüglich der Zieldefinitionen und Evaluation. Im Gegenteil wecke der korrigierte Beschlussvorschlag sogar Sympathie vor dem Hintergrund einer

erhöhten Planungssicherheit der Initiativen. Aber diese auch von Rechnungshof und Haushaltsausschuss aufgeworfenen Fragestellungen seien noch nicht abgearbeitet.

Frau Grewe-Wacker unterstreicht die Bedeutung eines verlässlichen Finanzrahmens für die Stadtteilinitiativen. Die in der Vorlage dargestellten Evaluierungsergebnisse des vergangenen Förderzeitraums hätten aufgrund der Haushaltssperre mit eigenen Mitteln unter erschwerten Bedingungen ermittelt werden müssen und seien unter diesen Vorzeichen nach bestem Wissen erfolgt.

Abg. Liess bemerkt, die Berichterstattung seitens der Initiativen habe sich seit dem Start des City- und Stadtteilmanagements in Bremen deutlich verändert und verbessert. Er führt weiter aus, dass mit dem Programm verbundene Ziele wie Stärkung des Ehrenamtes oder eine Stärkere Vernetzung von Akteuren im Stadtteil anhand der der Vorlage beiliegenden Formblätter durchaus nachvollziehbar quantifizierbar seien.

Dep. Dr. Redder unterstreicht, er halte die Beratung der Vorlage verfahrensmäßig für unglücklich vorbereitet. Auch er halte er die Evaluierung von Ehrenämtern für relativ einfach.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Tätigkeitsberichte, Planungen und die intern erstellten Kurzbewertungen als tragfähige Basis für eine Fortsetzung der Arbeit in den Jahren 2016 und 2017 zur Kenntnis und stimmt den vorgesehenen Maßnahmen zu.
2. Sie nimmt zur Kenntnis, dass für die Durchführung der vorgesehenen Marketingmaßnahmen in den Jahren 2016 und 2017
 - für die Bremer **Innenstadt** Mittel in Höhe von € 700 T ,
 - für das Mittelzentrum **Vegesack** (einschl. Burglesum und Blumenthal) Mittel in Höhe von € 450 T,
 - für das Stadtteilzentrum **Gröpelingen** Mittel in Höhe von € 560 T (= EFRE-Mittel und Komplementärfinanzierung),
 - für das Stadtteilzentrum **Hemelingen** Mittel in Höhe von € 160 T,
 - für das Stadtteilzentrum **Neustadt** Mittel in Höhe von € 160 T

insgesamt also € 2.030 T, erforderlich sind.

Die in diesem Rahmen angestrebte EFRE-Förderung steht unter dem Vorbehalt der bezüglich der Umsetzung des EFRE-Programms in vielen Bereichen noch festzulegenden Detailregelungen. Diese müssen im weiteren Verlauf berücksichtigt werden und können ggf. auch zu Einschränkungen bezüglich der Förderung führen.

3. Die staatliche Deputation stimmt zur Finanzierung der Maßnahmen der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung i.H.v. € 2.030 T bei der Haushaltsstelle „0754/682 40-0, City- und Stadtteilinitiativen incl. BID-Gesetz“ mit Abdeckung in den Jahren 2016 und 2017 mit jeweils € 1.015 T zu.
4. Sie stimmt einer externen Bewertung der Wirksamkeit und Effizienz der Initiativen zu. Diese wird Ende 2016 der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vorgelegt. Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der Vertreter der Fraktionen von CDU und FDP.

TOP 12 Bericht zur Geschäftsentwicklung der BAB für das Jahr 2014

Vorlage Nr. 19/074-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht zur Geschäftsentwicklung der BAB für das Jahr 2014 zur Kenntnis.

TOP 13 Wagniskapitalbericht Bremen

- Jahresbericht der Bremer Aufbau-Bank GmbH

- Anpassung der Richtlinie Beteiligungsfonds Bremen einschließlich Initialfonds

Vorlage Nr. 19/075-L

Abg. Kottisch hebt hervor, dass die Einstiegshürden zur Akquise von Risikokapital für junge Unternehmer deutlich gesenkt würden.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Vorlage und den beigefügten Jahresbericht 2014 der Bremer Aufbau-Bank GmbH zur Bereitstellung von Wagniskapital im Lande Bremen zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der beigefügten „Richtlinie Beteiligungsfonds Bremen (BFB) einschließlich Initialfonds“ (Anlage 2) zu. Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 14 Investitionsförderung im Land Bremen

Landesinvestitionsförderprogramm (LIP 2014)

Jahresbericht 2014

Vorlage Nr. 19/076-L

Abg. Kastendiek weist auf zuvor verteilte Austauschseiten hin.

Dep. Dr. Redder verweist auf die Tabelle auf Seite 10 der Vorlage und hinterfragt die große Unwucht bei den Zuschüssen zwischen kleinen und Kleinunternehmen zu mitt-

leren und großen Unternehmen. **Herr Ullrich** erklärt, mit einer relativ großen Investitionssumme könne ein Investor auch einen relativ hohen Zuschuss erhalten, sodass diese scheinbare Unverhältnismäßigkeit bei einer geringen Anzahl von Förderfällen für große Unternehmen entstehen könne.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Jahresbericht 2014 über die Investitionsförderung im Land Bremen zur Kenntnis.

TOP 15 Sachstandsbericht zum Förderprogramm "Innovativer Schiffbau sichert wettbewerbsfähige Arbeitsplätze" - Aktualisierung des Sachstandsberichts in der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 4. März 2015

Vorlage Nr. 19/077-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zum Förderprogramm „Innovativer Schiffbau sichert wettbewerbsfähige Arbeitsplätze“ zur Kenntnis.

TOP 16 Wirtschaftliche und finanzielle Situation der WFB

Vorlage Nr. 19/085-L

Auf Anregung des **Abg. Kastendiek** werden die Tops 16 und 17 gemeinsam beraten. **Herr Heyer** erläutert unter Verweis auf die Vorlage, die Vermögenssituation der WFB sei als solide und die Liquidität als ausreichend zu bezeichnen; dagegen stelle sich die Ertragssituation als problematisch dar. In den vergangenen Jahren habe die WFB Rückstellungen aufgelöst und Vermögen veräußert und so rund 3 Mio. €/jährlich im Wirtschaftsplan darstellen können. Diese Option bestehe nun nicht mehr, sodass die Geschäftsführung die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu besonderem Kostenbewusstsein aufgefordert habe, auch unter zeitlichen Aspekten der Projektsteuerung. Der Aufsichtsrat der WFB werde die weiteren Prozesse aufgabenkritisch begleiten.

Abg. Kastendiek fragt nach dem Verbleib der Synergieeffekte durch die letzten Verschmelzungen der WFB mit Einzelgesellschaften aus der Senatsvorlage vom 16.12.2008, die mit 2,1 Mio. €/jährlich beziffert worden seien; im Zuge dessen stelle sich auch die Frage nach der Höhe eines strukturellen Defizits. **Herr Heyer** stellt fest, die Synergieeffekte seien im Zuge der Kürzung der institutionellen Förderung ab 2010 vom Land bereits vereinnahmt worden. Trotzdem habe die WFB etwa mit dem Unternehmens- oder auch dem Willkommensservice neue Dienstleistungsangebote mit den bestehenden Personal- und Sachmitteln aufgebaut. Bis heute habe die WFB seitdem

außerordentliche Erträge von rund 2,5 Mio. €/jährlich erwirtschaftet.

Abg. Rupp hält den veröffentlichten Geschäftsführerbrief für einen Brandbrief. Aus der Aufzehrung der Effizienzgewinne durch das Finanzressort erkenne er, dass bereits zuvor ein strukturelles Defizit in Höhe von rund 5 Mio. € bestanden haben müsse. Seines Erachtens sei der Ressourcenverbrauch eine schlechte Lösung. Die Situation stelle sich ihm hinsichtlich des Erfolgs der Verschmelzung, dem Verbleib der Effizienzgewinne sowie der Entwicklung der institutionellen Förderung unklar dar und werfe die Frage nach einem strukturellen Defizit auf. Die angesprochenen Prozesse sollten schriftlich dargestellt werden.

Senator Günthner unterstreicht, die WFB sei strukturell und finanziell gut aufgestellt, während die erwähnte Aufgabenkritik mit dem Ziel erfolge, die WFB auch weiter leistungsfähig zu halten. Es sei nicht überraschend, dass die Annahmen nicht eingetreten seien angesichts der Übernahme zusätzlicher Aufgaben durch die WFB ohne eine Gegenfinanzierung.

Der Horizont der aktuellen Finanz- und Vermögenslage reiche bis Ende 2019, daher bestehe jetzt der Auftrag, bis Mitte 2016 ein Konzept für Gegenmaßnahmen zu entwickeln.

Abg. Kottisch hält die Förderstruktur insgesamt für leistungsfähig, sieht aber auch den Zeitpunkt für Restrukturierungsmaßnahmen gekommen; dabei sollten institutionsübergreifende Maßnahmen auch das Ressort in den Blick nehmen.

Die Veröffentlichung des Briefes der Geschäftsführung sei wenigstens als unglücklich zu bezeichnen.

Abg. Schäfer hinterfragt, ob mit der Verschmelzung der Gesellschaften seinerzeit auch eine Verschlankung der Führungsstrukturen vorgenommen worden sei.

Abg. Rupp hegt keinen Zweifel an einer effektiven Wirtschaftsförderungsstruktur in Bremen. Problematisch sei aber die strukturelle Unterfinanzierung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Aus dem Controllingbericht sei abzulesen, dass die Gesamtleistung 2015 um rund 9 Mio. € niedriger ausfallen werde als im Vorjahr.

Abg. Kastendiek erinnert an die zentralen Unternehmensziele der Schaffung von Arbeitsplätzen sowie Unternehmensansiedlungen; vor dem Hintergrund der schlechten Position Bremens in der Arbeitslosenstatistik operiere die WFB damit in einem für Bremen zentralen Politikfeld. Daher müsse umgehend ein Prozess der konzeptionellen Neuaufstellung eingeleitet werden.

Nach Ansicht des **Abg. Bödeker** sei die Handlungsfähigkeit der WFB durch die Personalknappheit bedroht; die ungenügenden Ergebnisse seien die Folge. Angesichts der

Bedeutung der WFB für Bremen müsse sie ihren Aufgaben entsprechend ausgestattet werden.

Abg. Fecker nimmt die WFB als leistungsstarke Wirtschaftsförderungsgesellschaft wahr. Seines Erachtens sei die Situation zwar beunruhigend, doch befinde sich die Gesellschaft im Bereich des Vermögensverzehr fernab einer Insolvenz.

Vor dem Hintergrund des Planungshorizonts sollte die Deputation weiter in die Strukturierungsprozesse eingebunden werden; von besonderem Interesse seien die Maßnahmen, die der Aufsichtsrat entwickeln werde – auch hinsichtlich Doppelstrukturen mit dem Ressort sowie hinsichtlich der WFB-internen personellen und strukturellen Änderungen bis hin zur Geschäftsführerstruktur.

Abg. Kottisch äußert Irritation über den Diskussionsverlauf. Die WFB sei eine leistungsfähige Einrichtung und solle diese Leistungsfähigkeit auch behalten. Aktuell sei lediglich der Punkt erreicht, die Mittelausstattung der WFB neu zu justieren bzw. parallel weitere Sparpotenziale durch Restrukturierungen zu heben.

Senator Günthner verweist auf den Beschäftigungshöchststand im Land Bremen, während die Arbeitslosenzahlen sich auch zu anderen politischen Konstellationen kaum anders dargestellt hätten; die Arbeit der WFB insofern als erfolgreich bewertet werden dürfe.

Er hebt hervor, dass sich eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft weder in Bremen noch woanders aus dem Eigengeschäft refinanzieren könne. Daher müsse die Situation unter den Fragestellungen zu potenziellem weiteren Vermögensverzehr bzw. der Aufgabenkritik analysiert werden. Mit dieser Analyse sei keine Bewertung der Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbunden.

Abg. Rupp verdeutlicht, die Debatte habe nicht die Diskreditierung der WFB zum Ziel. Aber die Kernfrage, ob unter den skizzierten Bedingungen und dauerhaften Kürzungen eine gute Wirtschaftsförderung möglich sei, sei nach wie vor offen.

Abg. Kastendiek stimmt AB. Rupp zu und weist zurück, die Opposition stelle sich gegen die Arbeit der WFB; dies sei ein konstruierter Kausalzusammenhang. Seines Erachtens biete die Koalition der WFB nur unzureichenden politischen Rückhalt. Aufgrund der anstehenden Veränderungen in der Aufsichtsratsbesetzung sei auch die Deputation der richtige Ort, die Fragestellungen nach Wirtschaftsförderung, nach der operativen Rolle der WFB und ihrer Ausstattung zu diskutieren.

Dep. Dr. Redder beurteilt die Arbeit der WFB positiv; die Verschmelzung von WFG, BIG, und BIA seinerzeit sei gelungen. Die nachfolgende Verschmelzung etwa mit der Messe Bremen GmbH könnte aber zu einer Überlastung der Strukturen geführt haben, sodass

in der Folge das Kerngeschäft der Wirtschaftsförderung verschwommen sein könnte.

Herr Heyer erklärt in Richtung des Abg. Rupp, die Gesamtleistung 2014 habe die WFB durch außerordentliche Erträge von rund 4,4 Mio. € für Vermarktung und Veräußerungen im Zuge der Neuentwicklung im Gebiet des Büroparks Oberneuland erzielt.

Grundsätzlich seien in den letzten Jahren Vermögenswerte mit relativ schwacher Ertragslage veräußert worden; diese Vermögenswerte seien erst mit einer entsprechenden Nachfrage und dem entsprechenden Angebot werthaltig geworden. Weitere Verkäufe würden Vermögen mit guter Ertragsposition betreffen und die Ertragslage der WFB weiter schwächen. Die bisherigen Verkäufe seien von der WFB gut zu verkraften, doch sei jetzt der Spielraum für weitere Planabweichungen bzw. außerordentliche Erträge begrenzt, sodass der Restrukturierungsprozess eingeleitet worden sei.

Beschluss:

Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Land) nimmt den Bericht zur wirtschaftlichen und finanziellen Situation der WFB zur Kenntnis.

TOP 17 Controllingbericht der WFB per 30.09.2015

Vorlage Nr. 19/067-L/S

Beschluss:

Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Land) nimmt den Controllingbericht der WFB per 30. September 2015 zur Kenntnis.

TOP 18 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP) 2014 bis 2020: Sachstand der Umsetzung in 2015 und Mittelfreigaben ab Januar 2016

Vorlage Nr. 19/051-L

Abg. Frau Böschen bedankt sich für die Darstellung der Maßnahmen, gibt aber zu bedenken, dass auch aufgrund von Anpassungsprogrammierungen der Förderdatenbank VERA zum Teil noch keine abschließenden Daten zu den Eintritten der Teilnehmer vorliegen. Von daher sei nicht erkennbar, wie viele Teilnehmer und Teilnehmerinnen in den Maßnahmen seien. Weiterhin sei das Thema Alleinerziehende ein wichtiger Aspekt. Sie bedauere allerdings, dass hier nur zwei Projekte zustande gekommen seien und es bei einem Träger Probleme mit Antragsfristen gab. Ggf. solle man prüfen, ob es hier noch eine andere Lösungsmöglichkeit gäbe, da in diesem Bereich zzt. keine weiteren Projekte vorliegen würden.

Auf Nachfrage der **Abg. Frau Böschen** erläutert **Frau Jansen**, dass im Bereich der betrieblichen Ausbildung zwei von drei Programmen nicht wie vorgesehen laufen würden. Hier gebe es bereits Gespräche mit den wesentlichen arbeitsmarktpolitischen Akteuren

um festzustellen, warum diese Programme nicht wie erwartet angenommen worden seien. Die Arbeitnehmerkammer untersucht flankierend die Gründe dafür.

Abg. Frau Böschen bittet um Prüfung, ob ausnahmsweise das Projekt Joki, trotz Fristversäumnis nahtlos zum 01.01.16 weitergeführt werden kann. **Frau Jansen** sagt eine Prüfung zu.

Abg. Rupp unterstützt die Aussage der Abg. Frau Böschen, dass versucht werden müsse, die wenigen bestehenden Programme für Alleinerziehende in Bremen nahtlos weiterzuführen. Im Übrigen werde sich die Fraktion Die Linke bei der Abstimmung enthalten.

Abg. Frau Böschen bittet um eine Bestandsaufnahme der Maßnahmen für die Zielgruppe der Alleinerziehenden. Diese sollte die Aktivitäten der Agentur für Arbeit, der Jobcenter und des Bundes- und der Landesförderung umfassen.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht über die Umsetzung und die weiteren Planung für das BAP zur Kenntnis und bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen um weitere halbjährliche Berichterstattung.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Freigabe eines weiteren Budgets in Höhe von 4.704.000 Euro ESF-Mittel in den BAP-Unterfonds A 1, A 2, B 1, B 2, C 1 und C 2 zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Freigabe eines weiteren Budgets in Höhe von 1.350.000 Euro Landesmittel in den BAP-Unterfonds A 1 und C 1 zu.
4. Der Senator für Arbeit, Wirtschaft und Häfen wird gebeten, im Anschluss an die bereits erfolgte Senatsbefassung den Haushalts- und Finanzausschuss zu befassen, um die für 2016 notwendigen Landesmittel in Höhe von 1.350.000 Euro einzuwerben.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der Stimmen der Vertreter der CDU zu Punkt 2 – 4 des Beschlussvorschlages sowie Enthaltung der Stimme des Vertreters Der Linken zum Beschlussvorschlag.

TOP 19 Ausschöpfung der Eingliederungstitel in den Jobcentern (JC) Bremen und Bremerhaven

Vorlage Nr. 19/078-L/S

Abg. Frau Böschen bittet, mittelfristig die Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramme der Jobcenter der Deputation vorzustellen.

Abg. Frau Bergmann sieht eine erfreuliche Entwicklung der Ausschöpfungsquote, hält aber die Umschichtung ins Verwaltungskostenbudget für unglücklich und regt eine Finanzierung über Fallpauschalen oder ähnliches an. **Frau Jansen** erklärt, dies liege an der unzureichenden Ausstattung der Jobcenter mit Personal- und Sachmitteln durch den Bundesgesetzgeber; aktuell erfolge die Finanzierung der Verwaltungskosten nach der Verwaltungskostenverordnung.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 20 Änderung der Bremischen Hafengebührenordnung zum 01.01.2016

Vorlage Nr. 19/060-L/S

Abg. Bödeker sieht die Erhöhung der Kappungsgrenze vor dem Hintergrund des Wettbewerbs zwischen den norddeutschen Häfen kritisch. **Senator Günthner** verweist auf den mit den Erhaltungsmaßnahmen verbundenen Aufwand für die bremischen Häfen und hält die Deckung eines Teils dieses Aufwandes aus den Einnahmen der Hafengebühren für sinnvoll und erforderlich.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Änderung der Bremischen Hafengebührenordnung mit Wirkung zum 01. Januar 2016 zu.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der Vertreter der Fraktionen von CDU.

TOP 21 Änderung von Vorschriften über die Entsorgung von Schiffsabfällen

Vorlage Nr. 19/061-L/S

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Änderung der Verordnung über Hafenauffangeinrichtungen und Abgaben für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, das Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände dem Senat zur Beschlussfassung und Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft zuzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 22 Die Ergebnisse des Dialogforums Schiene Nord aus Bremer Sicht

Vorlage Nr. 19/086-L/S

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht zum Dialogforum Schiene Nord zur Kenntnis.

TOP 23 bremenports - Planung 2016

Mündlicher Bericht auf Bitte der CDU-Fraktion

Abg. Kastendiek erläutert die Berichtsbitte der CDU, die auf einem ähnlichen Themenkanon fuße wie die Berichtsbitte zur WFB.

Herr Howe bemerkt einleitend, dass die Planung für das kommende Jahr in zwei Wochen dem Aufsichtsrat vorgestellt werde.

Entsprechend zum Wachstum der Häfen und ihrer Anlagen wüchsen auch die mit ihnen verbundenen Erwartungen und Aufgaben für bremenports. Exemplarisch seien der Ausbau der Hafeneisenbahn, die anstehenden Sanierungen und Erweiterungen im Kajenbereich für Lloyd-Werft und den Offshore-Terminal sowie die Schleusenunterhaltung zu nennen. Alle Maßnahmen erfolgten vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeit. Im Übrigen solle das zu Gewinnen führende, erfolgreiche Drittgeschäft fortgeführt werden.

Auf Nachfrage des **Abg. Kastendiek** zum Bau des Offshore-Terminals Bremerhaven erklärt er weiter, die Beauftragung der Hauptgewerke sei im Januar 2016 zu erwarten; den ersten Rammschlag zum Hauptbauwerk – der Kaje – sehe er im zweiten Quartal 2016.

TOP 24 Aktuelles

Prioritätenliste für den Breitbandausbau

Mündlicher Bericht auf Bitte der CDU-Fraktion

Frau Grewe-Wacker erläutert, Bremen könne anteilig aus den Erlösen der letzten Versteigerungen der Mobilfunkfrequenzen knapp 6 Mio. € erwarten. Diese seien für den Breitbandausbau sowie für Digitalisierungsmaßnahmen in den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Verwaltung vorgesehen. Hierfür sei eine Senatsvorlage in der Endphase der Ressortabstimmung.

Zusätzlich lege der Bund ein mit 2,7 Mrd. € ausgestattetes Förderprogramm auf, aus dem bundesweit der flächendeckende Ausbau der Breitbandnetze auf mindestens 50 Mbit unterstützt werden solle. Kommunen seien antragsberechtigt, um Mittel für Beratungsleistungen einzuwerben. Die Antragsstellung erfolge über eine digitale Datenbank, bei der Bremen bereits angemeldet sei. Nach Freischaltung könne Bremen den Antrag

stellen. Die Mittel aus diesem Programm würden ab 2016 zugeteilt werden.

Abg. Kastendiek bittet, das Ergebnis der Senatsberatung der Deputation zur Kenntnis zu geben.

TOP 25 Verschiedenes

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abg. Kastendiek schließt die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Kastendiek
- Vorsitzender -

Für die Protokollführung
Sengstake

Für TOP 18
Stellmacher

EFRE-Programm Bremen 2007 - 2013

Stand: 25.01.2016

Übersicht über die insgesamt zur Verfügung stehenden, die bereits beschlossenen und verausgabten EFRE-Mittel

Prioritätsachse Ressort	insgesamt zur Verfügung stehend	bereits beschlossen	in %	noch verfügbar	in %	bereits verausgabt*	in %
Prioritätsachse 1							
"Wachstum fördern - Innovationen und Wissen voranbringen"	84.300.000	85.683.342	101,6	-1.383.342	-1,6	61.194.191	72,6
Wirtschaft	44.400.004	45.259.828	101,9	-859.824	-1,9	24.548.909	55,3
Wissenschaft	20.000.000	19.966.848	99,8	33.152	0,2	21.933.640	109,7
Umwelt / Bau	9.900.000	9.807.616	99,1	92.384	0,9	10.368.531	104,7
Arbeit	9.999.996	10.649.050	106,5	-649.054	-6,5	4.343.111	43,4
Prioritätsachse 2							
"Städtische Lebens- und Wirtschaftsräume aktivieren"	55.000.000	55.814.942	101,5	-814.942	-1,5	28.177.139	51,2
Wirtschaft	47.375.000	48.596.403	102,6	-1.221.403	-2,6	25.083.756	52,9
Umwelt / Bau	6.600.000	6.193.543	93,8	406.457	6,2	3.083.167	46,7
Arbeit	1.025.000	1.024.996	100,0	4	0,0	10.216	1,0
Technische Hilfe (nur Wirtschaft)	2.706.631	2.706.631	100,0	0	0,0	2.235.191	82,6
Programm insgesamt	142.006.631	144.204.915	101,5	-2.198.284	-1,5	91.606.522	64,5
Wirtschaft	94.481.635	96.562.862	102,2	-2.081.227	-2,2	51.867.856	54,9
Wissenschaft	20.000.000	19.966.848	99,8	33.152	0,2	21.933.640	109,7
Umwelt / Bau	16.500.000	16.001.158	97,0	498.842	3,0	13.451.699	81,5
Arbeit	11.024.996	11.674.046	105,9	-649.050	-5,9	4.353.327	39,5

Anmerkung:

Zum 31.12.15 ist das EFRE-Programm 2007-13 ausgelaufen. Alle Mittel sind gebunden. Es stehen keine Beschlussfassungen von Mitteln mehr an. Die Ausgaben in den Projekten sind erfolgt, wengleich auch noch nicht alle Ausgaben vollständig von der EFRE-Verwaltungsbehörde geprüft und erfasst wurden.

EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020

Alle Angaben EFRE-Mittel ohne nationale Komplementärfinanzierung

Stand: 25.01.2016

Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen sowie verausgabten EFRE-Mittel

Prioritätsachse	verfügbar ¹⁾	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
Achse 1 - Innovation	48.140.858	12.060.000	0
Achse 2 - KMU	13.012.593	2.003.000	0
Achse 3 - CO2	18.543.844	478.904	0
Achse 4 - Stadtentwicklung	13.021.921	420.000	0
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	0	0
Programm insgesamt	96.840.070	14.961.904	0

¹⁾ Hauptzuweisung ohne leistungsgebundene Reserve (5.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro). Entscheidung über Verfügbarkeit und Zuordnung im Programm fällt erst 2015.

²⁾ In Deputationen, Parliamentsausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte.

³⁾ Geprüfte und im Datenbanksystem erfasste Ausgaben.

Projektliste

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen	verausgabt
1	Wissenschaftsausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer-Institut MEVIS Neubau	1	2015-2020	6.000.000	0
2	Wissenschaftsausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer Anwendungszentrum für Windenergie-Feldmessungen 2. Phase	1	2015-2018	950.000	0
3	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Bremer Programm zur Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen/-innen und Young Professionals (BRUT)	2	2015-2017	623.000	0
4	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Projektförderung für das Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG)	2	2015-2017	465.000	0
5	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Gröpelingen Marketing e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
6	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Kultur vor Ort e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
7	Deputation SWAH HaFA	30.09.2015 09.10.2015	Gründungsstrategie für das Land Bremen (BEGIN)	2	2016/2017	915.000	0
8	Deputation SWAH	02.12.2015	Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der „Deutschen See“, Klußmannstraße	3	2016/ 2017	478.904	0
9	Deputation SWAH HaFA	02.12.2015 10.12.2015	City- und Stadtteilmarketing und -management Gröpelingen und Kultur Vor Ort	4	2016/ 2017	260.000	0
10	Deputation SWAH HaFA	10.12.2015 10.12.2015	Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo)	1	2015-18	5.110.000	0

Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand 02.12.2015)

Anlage 2

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
1.	Potenzielle bilanzielle Auswirkungen der Ausschreibung von Bodenverkehrsdiensten auf die Flughafen GmbH	01.07.2015	Abg. Rupp	Sommer 2016
2.	Europäische Strukturfonds im Land Bremen 2007-2013 Weitere Berichterstattung in kurzen Zeitabständen erbeten	09.09.2015	Abg. Kastendiek Abg. Rupp	zuletzt 02.12.2015
4.	Nationale Maritime Konferenz Bericht zum gemeinsamen Arbeitsprogramm der Küstenländer	09.09.2015	Abg. Reinken	10.02.2016
5.	Einzelhandels-/Innenstadtentwicklung - Ansgariquartier - Am Wall	09.09.2015	Abg. Kottisch	04.11.2015
7.	Haven Hööv't Bericht zur aktuellen Situation, Zukunftsperspektiven	30.09.2015	Abg. Liess	10.02.2016
8.	Entwicklung Gewerbepark Hansalinie	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich
9.	ttz Berichterstattung der Entwicklung	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich, Ende 2016
10.	Kostenstruktur wfb - im Geschäftsjahr 2014 - im Geschäftsjahr 2015	schriftlich 02.12.2015	Abg. Rupp	02.03.2016 nach Jahresabschluss
11.	Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramme der Jobcenter	02.12.2015	Abg. Frau Böschen	
12.	Breitbandausbau Ergebnisse der Senatsberatung	02.12.2015	Abg. Kastendiek	nach Senatsbeschluss